

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Stefan Berger und Veronika Matiassek betreffend „Sicherungshaft“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 24. September 2022 zu Post 19

Von Jänner bis September 22 wurden bereits mehr als 72.000 Asylanträge gestellt. Wöchentlich reisen rund 4000 Illegale nach Österreich. Das sind weit mehr über diesen Zeitraum als in den Katastrophenjahren 2015 und 2016.

Doch anstatt auf diese untragbare Situation angemessen zu reagieren, kapituliert unser Staat in Person des ÖVP-Innenministers Karner: Seit dem 4. August 22 gibt es aus seinem Ministerium eine interne Weisung, dass Asylwerber nicht mehr an der Grenze aufgegriffen und registriert, sondern mit einem Ticket und einem Jausen-Sackerl versehen in den Zug gesetzt werden sollen. Vorher hat man ihnen noch ein Ziel-Bundesland zugewiesen und die nette Bitte mit auf den Weg gegeben, sich doch bei der dort zuständigen Landespolizeidirektion zu melden. Das bedeutet im Klartext: Es werden hunderte oder gar tausende fremde Asylwerber ohne vorherige Registrierung auf die Reise nach Nirgendwo geschickt. Wer tatsächlich von diesen Menschen an seinem vorgesehenen Zielort ankommt und sich ordnungsgemäß meldet, kann niemand kontrollieren. Diese Weisung verdeutlicht klar die vollkommene Überforderung des amtierenden Innenministers.

Auch um die Sicherheit der Österreicher, vor allem der österreichischen Frauen ist es schlecht bestellt. Ständige Übergriffe, seien sie reine Gewalt oder sexuell intendiert, stehen auf der Wiener Tagesordnung. Der tausendste Einzelfall, die Vergewaltigung dreier Frauen in Wien innerhalb weniger Tage scheint für die politischen Entscheidungsträger nicht mehr als eine Randnotiz zu sein. Ein 22-jähriger Afghane, der trotz negativem Bescheid abgeschoben werden sollte, aber nicht wird und Anspruch auf Mindestsicherung hat, steht im dringenden Tatverdacht, vor wenigen Wochen eine 18-jährige Frau vergewaltigt zu haben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass er auch für die Vergewaltigung einer Frau in Favoriten verantwortlich ist. Syrische Jugendliche vergewaltigten eine Frau am Damen-WC, mehrere Afghanen mehrfach eine Frau am Praterstern. Auf dem Keplerplatz umzingelte im Sommer eine Gruppe marokkanischer Asylwerber zwei Frauen und belästigten diese sexuell, heute existiert dort eine notdürftige Schutzzone. Die Gewalt durch Asylwerber, Asylberechtigte bzw. jenen, die nicht abgeschoben werden, eskaliert und neben einer Reihe von Vergewaltigungen kommt es immer öfter zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei wie in Linz. Die Dunkelziffer der Verbrechen ist weitaus höher als berichtet und dem muss ein Ende bereitet werden. Eine APA Auswertung der Kriminalitätsstatistiken 2019 und 2020 hat ergeben, dass afghanische Täter bei Vergewaltigung und Mord überrepräsentiert sind.

Diese aktuellen Fälle zeigen auf, dass unser Rechtssystem Lücken im Umgang mit gefährlichen Menschen hat, die umgehend geschlossen werden müssen. Dies kann konkret erreicht werden, indem die Sicherungshaft zum Schutz der Allgemeinheit eingeführt wird. Sie umfasst Täter, bei denen die Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie die öffentliche Sicherheit gefährden, so wie das bereits in 15 europäischen

Ländern der Fall ist, beispielsweise in den Niederlanden, Belgien oder Luxemburg. Dabei ist besonders auf eine EMRK- und unionsrechtskonforme Umsetzung zu achten.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Wiener Gemeinderates nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Einführung des verfassungskonform ausgestalteten Rechtsinstruments der Sicherungshaft zum Schutz der Allgemeinheit aus und fordert den zuständigen Bundesminister als auch die Bundesregierung auf, die nötigen gesetzlichen Vorkehrungen in die Wege zu leiten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.